

Ein Vorschlag für Grundsätze ökonomischer Nachhaltigkeit

Substanzlosigkeit überwinden

Weitgehend anerkannt sind die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales. Die Bedeutung der ökonomischen Komponente wurde jedoch lange Zeit nicht ausreichend erfasst: Ökonomische Nachhaltigkeit fordert mehr, als Rahmenbedingungen zu schaffen, die ökologische Nachhaltigkeit unterstützen.

Ein Beispiel sind öffentliche Schulden sowie heute begründete, in der Zukunft wirkende Finanzierungslücken in den Sozialsystemen (indirekte Verschuldung). Diese bedeuten ebenso einen Zugriff auf Ressourcen nachrückender Generationen wie die Zerstörung ökologischer Gleichgewichte und ein exzessiver Rohstoffverbrauch.

Zudem verstärkt der Vorgriff auf zukünftige ökonomische Ressourcen mittel- und langfristig die Umweltprobleme. Beispielsweise durch den Zwang zu Wirtschaftswachstum als Folge wachsender Zinsbelastungen, durch fehlende Mittel für Umweltschutz, durch die Förderung von Risikotechnologien ohne ausreichende Risikoabschätzung sowie durch nachlassende Bedeutung von Umweltschutz bei Verbrauchern und Industrie (1).

Deshalb gilt es, Grundsätze für eine ökonomische – oder umfassender: volkswirtschaftliche – Nachhaltigkeit aufzustellen, die über die Unterstützung ökologischer Nachhaltigkeit hinausgehen – und nach ihnen zu handeln. Solche Grundsätze haben das Ziel, die Chancen nachrückender Generationen zu sichern.

Für eine solche Aufgabe bietet die gängige Literatur zu Nachhaltigkeit wenig Substanz. Die 1996 von *BUND* und *Misereor* herausgegebene Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* hat volkswirtschaftliche Aspekte mehr oder weniger auf die Wirtschaftsträgbarkeit ihrer eigenen umweltbezogenen Vorschläge reduziert. Der *Rat für Nachhaltige Entwicklung* vermied in seinem Dialogpapier zu Zielen nachhaltiger Entwicklung von November 2001 jeglichen Bezug zu Staatsfinanzen und Sozialsystemen. Die *Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt* formulierte 1998 in ihrem Abschlussbericht *Konzept Nachhaltigkeit* zwar erstmals Regeln zur ökonomischen Nachhaltigkeit (2); die direkte und indirekte öffentliche Verschuldung wurde aber nicht thematisiert.

Dagegen fordert der *Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie* der Bundesregierung von Dezem-

ber 2001 (vgl. auch den *Kommentar* auf S.4) zwar in einer *Managementregel* ausgeglichene öffentliche Haushalte und den kontinuierlichen Abbau der Verschuldung (3); welche Verschuldung als akzeptabel angesehen wird, bleibt aber offen. Gleichfalls gibt es keine Managementregeln, die unterbinden könnten, dass die Haushalte auf Kosten der Zukunft konsolidiert werden. Überdies fehlt jeglicher Hinweis auf die indirekte Verschuldung. Und schließlich wird ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum propagiert – eine Strategie, die wegen der exponentiellen Entwicklung sowohl der ökologischen als auch der ökonomischen Nachhaltigkeit zuwiderläuft.

► Zehn Grundsätze

Das *Studienbüro Jetzt & Morgen* arbeitet seit Jahren an ganzheitlichen Ansätzen zu Zukunftsfähigkeit. Innerhalb eines Gesamtkonzepts, das daneben die Dimensionen Ökologie, Soziales, Kultur/Bildung und internationale Beziehungen berücksichtigt, stellte das Büro zehn Grundsätze für volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit auf (4):

1. Wirtschaftsweise und Wirtschaftsstrukturen sind langfristig auszurichten; dazu müssen sie den Anforderungen von stabilen dynamischen Systemen entsprechen. Ständiges Wirtschaftswachstum widerspricht dieser Forderung.

2. Das Sachkapital ist zu erhalten oder auszubauen.

3. Das immaterielle Kapital (wie Bildungsniveau) ist zu erhalten oder auszubauen.

4. Der Geldwert ist stabil zu halten.

5. Aufwendungen für Leistungen sind von jenen Generationen zu tragen, die den Nutzen der Leistungen haben. Eine Ausnahme sind Generationenverträge.

6. Die Verschuldung als Finanzierungsinstrument der öffentlichen Hand ist gesetzlich auszuschließen, allerdings mit zwei Ausnahmen (5):

a) Die Verschuldung für konkrete Investitionsprojekte mit festgeschriebener Rückzahlung innerhalb der Nutzungszeit soll erlaubt sein; Instandhal-

tungsinvestitionen sind hierbei als eigenständige Investitionen zu betrachten. Antizyklische Wirtschaftspolitik darf demnach nur aus Rücklagen, nicht aber über Schulden finanziert werden.

b) Für *außergewöhnliche finanzielle Belastungen*, die sich aus einer unerwarteten und in der Regel nicht in jeder Generation vorkommenden Situation ergeben, dürfen unter bestimmten Bedingungen Verbindlichkeiten eingegangen werden.

7. Öffentliche Schulden, die nicht an konkrete Investitionsobjekte gebunden sind, sollen langfristig vollständig abgebaut werden.

8. Die Deckung der Bedürfnisse und die Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen hat ökonomisch effizient zu erfolgen.

9. Für alle Leistungen sind die Kosten zu ermitteln (einschließlich externer Kosten; Prinzip der Kostentransparenz) und zu decken (Prinzip der Kostenwahrheit); die Leistungen selbst müssen transparent finanziert werden.

10. Generationenverträge müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen sichern, sie dürfen keine Generation benachteiligen.

Diese Grundsätze sind dabei als notwendige Ergänzung der Regeln zur ökologischen Nachhaltigkeit zu verstehen und stellen deren überragende Bedeutung für die Gestaltungsmöglichkeiten nachrückender Generationen nicht in Frage.

Anmerkungen

(1) Vgl. Becker, Andreas: Staatsverschuldung und Umweltzerstörung – wie sie vereint die Zukunft berauben. München 1998, S. 82-87.

(2) Deutscher Bundestag (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn 1998, S. 47. Für eine Diskussion der Enquete-Vorschläge vgl. auch den Schwerpunkt „Die Ökonomie der Nachhaltigkeit“ der Ausgabe 6/1998 von *Ökologisches Wirtschaften*.

(3) Die Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Bonn 2001, S. 47, 83, 89.

(4) Nach Becker, Andreas: Zukunftsfähige Politik: Volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte vernetzt. München 2001, S. 49 ff.

(5) Vgl. Studienbüro Jetzt & Morgen: Generationengerechte Finanzpolitik: Grundsätze, Analyse und politische Forderungen. Diskussionspapier, Freiburg 2002.

Der Autor

Andreas Becker ist Leiter des Studienbüros Jetzt & Morgen.

Kontakt: Studienbüro Jetzt & Morgen, Wilhelmstr. 24a, 79098 Freiburg, Tel. 0761/ 2921450, Fax 0761/ 3839898, E-Mail: becker@sbjnm.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.